Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Oskar Lipp
Abg. Dr. Stefan Ebner
Abg. Barbara Fuchs
Abg. Markus Saller
Abg. Florian von Brunn

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Strategische Rohstoffversorgung für Bayerns Wirtschaft: Zukunftssicherung mit günstigen Seltenen Erden (Drs. 19/4892)

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Abgeordnete Lipp für die AfD-Fraktion.

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Bayerns Wirtschaft steht vor einer existenziellen Gefahr, und sie kommt aus China. Wir importieren aktuell 95 % unserer Seltenen Erden – unverzichtbar für Automobilbau, Elektronik, Medizintechnik, erneuerbare Energien – aus China. Ein Lieferstopp, wie bereits vor wenigen Wochen im April durch Chinas Exportbeschränkungen im Handelskrieg mit den USA angedeutet, könnte unser Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um 4 % einbrechen lassen. Das wäre eine Krise wie in der Corona-Zeit. 1,3 Millionen Arbeitsplätze und 161 Milliarden Euro Wertschöpfung sind bedroht. Im Februar hat unsere Fraktion bereits vorausschauend mit dem Antrag auf Drucksache 19/4892 gewarnt. Wir müssen handeln. Doch unser Vorschlag wurde von den anderen Parteien natürlich abgelehnt, wie jeder Antrag, der von der AfD kommt.

Jetzt bestätigen Medien wie das "Handelsblatt" oder auch die "Frankfurter Allgemeine Zeitung": Unsere Abhängigkeit von China ist eine ernst zu nehmende Gefahr. Haben wir denn aus den Lieferkettenproblemen während der Corona-Zeit nichts gelernt?

Unsere Strategie dagegen ist klar und basiert auf drei Säulen:

Erstens. Diversifizierung der Importe. Wir benötigen Rohstoffpartnerschaften mit Ländern wie den USA, Australien oder Kanada, statt einseitig auf die Abhängigkeit von China zu vertrauen.

Zweitens. Förderung des heimischen Abbaus. Wie eine Schriftliche Anfrage unserer Fraktion ergeben hat, hat Bayern Lagerstätten für circa 444 Tonnen leichte und 62 Tonnen schwere Seltene Erden pro Jahr. Diese müssen wir auch nutzen.

Drittens. Ausbau des Recyclings. Das sogenannte Urban Mining könnte 40.000 Tonnen Neodym aus alten Handys, die oftmals in der Schublade liegen, liefern.

Unsere Maßnahmen sind aber auch konkret: So wollen wir einen "Bayerischen Rohstofffonds" mit 200 Millionen Euro über die BayernLB gründen, um den Abbau und das Recycling zu fördern, natürlich in Kooperation mit dem bereits bestehenden KfW-Rohstofffonds.

Auch sind Steuererleichterungen notwendig. Die Grund- und Gewerbesteuer für Lagerhallen für Seltene Erden muss auf null Prozent gesenkt werden, natürlich mit einem Ausgleich für die betroffenen Kommunen.

Es muss eine schnellere Genehmigung erfolgen, das heißt maximal 15 Monate beim Recycling und 27 Monate beim Bergbau.

Weiterhin muss die Forschung gestärkt werden. Das bedeutet mehr Förderung für Recycling-Innovationen wie zum Beispiel sogenanntes Bio-Mining.

Auch muss endlich die Bürokratie abgeschafft werden. Wir sprechen hier oft vom Bürokratieabbau, aber lassen Sie Ihren Worten auch einmal Taten folgen in Berlin und in der EU, und schaffen Sie zum Beispiel das Lieferkettengesetz ab. Da sind Sie sich in der Koalition aber nicht ganz einig.

Die Kosten müssen ebenfalls gesenkt werden. Es wäre zum Beispiel überlegenswert, dass bei der Raffination und dem Recycling von Seltenen Erden die CO_2-Abgabe

ausgesetzt wird und den grünen Vorgaben wie dem Umstieg auf Wasserstoff Einhalt geboten wird.

Die CSU hat im Ausschuss unseren Antrag kritisiert und behauptet, der European Critical Raw Materials Act reiche aus; das ist aber falsch. Die EU-Ziele allein schützen Bayerns Industrie nicht. Sie haben auch behauptet, die BayernLB habe keine Expertise für einen Fonds. Das ist ebenso falsch. Man kann nämlich Kooperationen wie mit der KfW anstreben, um sich diese Expertise ins Boot zu holen.

Meine Damen und Herren, noch ein Schlusswort: Chinas Exportstopp, der bereits in vollem Gange ist, sollte uns ein Weckruf sein. Die Kartellparteien haben im Ausschuss bereits unseren Antrag leichtfertig abgelehnt. Hoffentlich sehen wir demnächst nicht die Folgen, wenn wir von den Rohstoffen abgeschnitten werden. Wichtig für unsere Industrie ist, dass wir eine wirtschaftliche Souveränität haben. Das heißt, prüfen Sie unseren Antrag erneut und handeln Sie für Bayerns Industrie, für Bayerns Arbeitsplätze und für Bayerns Zukunft!

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Stefan Ebner für die CSU-Fraktion.

Dr. Stefan Ebner (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauerrängen! Die AfD fordert in ihrem Antrag eine strategische Rohstoffversorgung für Bayerns Wirtschaft mit dem Fokus auf kostengünstige Seltene Erden. Ich möchte Ihnen das hier zeigen: Der Antrag hat fünf Seiten. Ich muss sagen, Respekt, dahinter steckt richtig Arbeit. Da musste ChatGPT richtig ackern.

(Widerspruch bei der AfD)

Ich sage es mal so: Hätten Sie ChatGPT darüber laufen lassen, dann wäre der Antrag vermutlich ein bisschen besser geworden. Sie stellen nämlich hier bei genauerem

Hinsehen ein Sammelsurium an Forderungen zusammen, die weder realistisch noch zielführend sind.

Lassen Sie uns vorab kurz darauf schauen, wo wir in Bayern beim Thema Seltene Erden überhaupt stehen: Der Freistaat Bayern verfolgt beim Thema Seltene Erden eine umfassende Strategie zur Sicherung und Versorgung mit diesen Rohstoffen. Dafür ist entscheidend, dass es zwischen 2011 und 2018 über mehrere Projekte hinweg eine Erforschung gab, um zu prüfen, welche Vorkommen es in Bayern im Bereich Seltene Erden gibt.Das hat das Landesamt für Umwelt durchgeführt. Diese Untersuchungen zeigen sehr deutlich, dass die Vorkommen von Seltenen Erden in Bayern nicht im Ansatz reichen, um den Bedarf zu decken.

Das ist deswegen relevant, weil Seltene Erden für die bayerische Wirtschaft wirklich essenziell und von zentraler Bedeutung sind. Sie sind gerade in der bayerischen Hightechindustrie wichtig, insbesondere in den Bereichen Elektromobilität, erneuerbare Energien, Elektronik etc. Es ist also eine Gefahr, wenn die Abhängigkeit von Importen, insbesondere aus China, zu groß ist.

Jetzt stellt sich die Frage: Welche Strategien hat Bayern denn? – Lieber Herr Kollege von der AfD, Sie tun ja so, als würden Sie das gerade alles neu erfinden. Dem ist nicht so, sondern Bayern hat hier eine sehr durchdachte, sehr logische, zielführende Strategie. Ich will sie ganz kurz skizzieren.

Erstens. Die Strategie enthält Maßnahmen zur Diversifizierung von Lieferketten. Bayern unterstützt das, um die Abhängigkeit von einzelnen Lieferketten zu reduzieren und alternative Bezugsquellen zu erschließen.

Der zweite Punkt ist das Thema Recycling, also die Förderung von Recycling-Technologien. Die Wiederverwertung von Seltenen Erden aus Elektronikschrott etc. ist ein wichtiger Ansatz zur Generierung von Seltenen Erden. Allerdings gehört zur Wahrheit auch dazu, dass der Recyclinganteil derzeit noch sehr, sehr gering ist. Das ist auf die

Komplexität dieser Verfahren und auch auf die Kosten dieser Verfahren zurückzuführen. Da ist bei der technologischen Lösung also noch viel Luft nach oben.

Der dritte Punkt der bayerischen Strategie ist die Förderung von Forschung und Entwicklung in dem Bereich. Es geht um die Forschung zur effizienten Nutzung und zur Substitution, also um den Ersatz von Seltenen Erden. Das soll die Versorgung langfristig stabilisieren.

Ich bin ein bisschen überrascht über Ihren Antrag, weil ein ehemaliger Kollege von Ihnen in der letzten Legislaturperiode bereits eine Anfrage an die Bayerische Staatsregierung zu dem Vorkommen von Seltenen Erden hier in Bayern und zum Umgang damit gestellt hat. In der Antwort wurde sehr klar und deutlich erklärt, dass die lokalen Vorkommen eben viel zu klein sind, um von anderen Staaten, zum Beispiel von China, autark zu werden. Durch diese Anfrage müsste sich eigentlich einiges geklärt haben, vor allem dass ein europäischer Ansatz das Wichtigste und der richtige Weg ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf ein paar Aspekte dieses AfD-Antrags konkret eingehen: Die AfD fordert in dem Antrag, dass im Rahmen des sogenannten European Critical Raw Materials Act für Seltene Erden Local-Content-Bedingungen eingeführt werden. Was heißt das jetzt übersetzt? – Es gibt für Unternehmen, die Seltene Erden abbauen, in den jeweiligen Ländern Vorschriften. Diese Vorschriften verpflichten die Unternehmen, dass sie einen bestimmten Teil der Wertschöpfung vor Ort leisten. – Das macht keinen Sinn, weil die EU längst handelt. Dieser Critical Raw Materials Act wurde 2024 beschlossen und setzt sich sehr ehrgeizige Ziele. Das Entscheidende ist, dass das alles sich auf der Ebene der EU abspielt. Es ist das Spezifikum des Themas Seltene Erden, dass diese in der EU nicht gleich verteilt sind, sondern in bestimmten Regionen schwerpunktmäßig stärker, nicht oder weniger stark vorkommen. Deswegen ist hier eine europäische Lösung der Weg. Local-Content-Bedingungen für Deutschland oder speziell sogar für Bayern haben also einfach keinen Sinn.

Die AfD will über die BayernLB einen "Bayerischen Rohstofffonds" in Höhe von 200 Millionen Euro auflegen. – Das hat auch keinen Sinn, weil man hier die wirtschaftlichen Faktoren ignoriert. Die Idee, dass die BayernLB einen Rohstofffonds auflegt, mag zwar gut klingen, sie funktioniert aber nicht. Die BayernLB ist eine Geschäftsbank, und Rohstoffinvestitionen gehören nicht zu den Kernkompetenzen der Bank. Lieber Herr Lipp, Sie haben das gerade anders dargestellt. Das ist so. Recherchieren Sie das, führen Sie Gespräche. Das ist nicht die Kernkompetenz dieser Bank. Aktuell gibt es auch kein Interesse seitens der Industrie, so einen Rohstofffonds aufzulegen. Ohne Industrie wird es keinen Fonds geben.

Ein weiterer Punkt ist, dass sich die AfD in diesem Antrag für die Abschaffung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes einsetzt. – Das ist nicht neu. Es gibt eine Bundesratsinitiative aus dem Jahr 2024, in der sich Bayern gegen dieses Gesetz ausgesprochen hat. Der Bundesrat hat diesen Antrag damals nicht unterstützt. Ihnen ist aber auch bekannt, dass der neue Bundeskanzler das Thema erst diese Woche in Brüssel sehr prominent platziert hat. Wir als Freistaat Bayern erwarten auch, dass die EU-Lieferkettenrichtlinie mindestens zugunsten der KMU angepasst und im besten Fall abgeschafft wird. Bayern ist hier also bereits maximal aktiv.

Sie fordern in Ihrem Antrag eine Grunderwerbsteuer von null Prozent. – Das missachtet geltendes Recht. Es hat deswegen auch keinen Sinn, diese Forderung aufzustellen. Das ist in einem Bundesstaat schlichtweg nicht möglich. Das wissen Sie vielleicht, wenn nicht, dann wissen Sie es jetzt. Es darf nur ein einheitlicher Steuersatz gelten. Ich frage Sie auch: Wollen Sie für den Freistaat tatsächlich auf 1,7 Milliarden Euro pro Jahr verzichten?

Nächster Aspekt Ihres Antrags: Sie wollen Rohstoffpartnerschaften mit zahlreichen Staaten eingehen, von Kanada über Russland bis Burma. – Auch das hat keinen Sinn, weil das auf Bundes- und auf europäischer Ebene längst gemacht wird; das gilt im Übrigen auch für sämtliche anderen außenwirtschaftsrechtlichen oder außenpolitischen Themen. Es gibt bereits Rohstoffpartnerschaften des Bundes mit der Mongolei,

mit Kasachstan, mit Peru, mit Chile. Auf europäischer Ebene gibt es sie im Hinblick auf Seltene Erden mit Schweden, mit Kanada, mit Polen, mit Grönland etc. Bayern flankiert also das, was auf europäischer und auf Bundesebene passiert.

Sie wollen in einem weiteren Aspekt Ihres Antrags die Inbetriebnahme von Lagerhallen für Seltene Erden fördern. – Das hat keinen Sinn, weil das die Aufgabe der Unternehmer wäre. Sie hatten vorhin einem Kollegen hier im Plenum Marxismus und Sozialismus vorgeworfen. Lagerbestände für Seltene Erden – das klingt ein bisschen danach. Rohstoffversorgung ist Aufgabe der Unternehmen. Diese Aufgabe kann vom Staat höchstens unterstützt oder gefördert werden, aber es ist keine zentrale Aufgabe des Staates, den Unternehmen die Rohstoffversorgung abzunehmen. Das ist im Übrigen auch Bestandteil des Rohstoffreports Bayern 2025, in dem die Unternehmen selber sagen, dass sie das nicht wollen.

Meine Damen und Herren, das Problem liegt hier nicht im Ziel. Seltene Erden sind für unsere bayerische Wirtschaft essenziell. Das Problem ist der Weg dorthin. Der Antrag der AfD ignoriert die Realität. Er ignoriert sie politisch, wirtschaftlich und rechtlich. Deswegen werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Lipp, AfD.

Oskar Lipp (AfD): Geschätzter Herr Kollege Dr. Ebner, ich hätte da eine Frage. Sie haben gerade gesagt, dass sich der Bundeskanzler, Herr Merz, dafür einsetzt, das Lieferkettengesetz abzuschaffen. Widerspruch kommt aber sowohl von Ihrem Regierungspartner auf Bundesebene, von der SPD, als auch von der EU-Kommission. Ich glaube also, daraus wird nichts. Warum sagen Sie hier nach wie vor, dass Sie das Lieferkettengesetz abschaffen wollen, obwohl Sie gar keine Mehrheit dafür haben?

Dann konkret zum Thema Seltene Erden: Die Union war auf Bundesebene bereits viele Jahrzehnte in der Regierung. Sie haben bis 2022 oft zu Recht kritisiert, dass wir zu viel Gas aus Russland importieren. Das waren circa 40 %. Bei Seltenen Erden – das sind Metalle, die unsere Industrie wirklich braucht, sonst stehen da die Fließbänder still usw. usf. – haben Sie nichts gemacht. Oder haben Sie was gemacht? Wenn ja, dann würde mich interessieren, was Sie in den letzten Jahrzenten genau gemacht haben, um diese Abhängigkeit einzudämmen. Ich glaube, jetzt zu handeln ist schwierig bzw. eventuell schon zu spät.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Ebner, bitte.

Dr. Stefan Ebner (CSU): Dass gerade Sie als erkennbarer Putin-Freund die Abhängigkeit hier ins Feld führen,

(Zurufe von der AfD: Oje!)

ist zumindest zum Schmunzeln.

(Johann Müller (AfD): Immer dieselbe Leier!)

Ich habe es gerade ausgeführt: Es gibt auf Bundesebene und auf Europaebene zahlreiche Rohstoffpartnerschaften, um eine einseitige Abhängigkeit zu verhindern. Wir als Bayern unterstützen das. Ich glaube, das ist in meinem Redebeitrag sehr, sehr deutlich geworden.

Das Zweite: Das Lieferkettengesetz kann in dieser Form nicht kommen. Das ist durchweg die Position unserer Partei gewesen. Es ist einfach Teil des demokratischen Prozesses, dass man sich in einer Koalition einigt. Ich habe keine Zweifel, dass wir hier auf einem guten Weg sind. Das wird – seien Sie dessen sicher – in naher Zukunft auch geschehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Ebner. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Barbara Fuchs für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Der hier vorliegende Antrag zur strategischen Rohstoffversorgung zeigt einmal mehr deutlich, welche fatalen Folgen die Wirtschaftspolitik der AfD für die bayerische Wirtschaft hätte. Entgegen jeder wissenschaftlichen Einschätzung fordern Sie in dem Antrag, einen Fokus auf den Abbau von Seltenen Erden zu legen, wobei schon längst klar ist, dass die Vorkommen in Bayern überhaupt nicht, in keiner Weise ausreichend wären. Das hat Herr Kollege Ebner vorhin schon deutlich ausgeführt.

Es gibt eine Studie zur Rohstoffsicherheit aus dem Dezember, die ganz klar auch der bayerischen Wirtschaft Handlungsempfehlungen gibt. Eine dieser Empfehlungen lautet, dass wir für Stabilität in den Herkunftsländern sorgen müssen. Das geschieht einerseits durch Entwicklungszusammenarbeit, für die die Gelder ja leider gerade infrage stehen. Aber auch die Rohstoffpartnerschaften der Bundesregierung, die es schon gibt, mit Ländern wie Kasachstan, der Mongolei, Peru und anderen, sind ganz klarer Teil der Rohstoffstrategie.

Außerdem empfiehlt die Studie vor allem die Ausweitung der Sekundärrohstoffwirtschaft, um die Abhängigkeit von ausländischen Angeboten im Primärrohstoffbereich zu reduzieren. Das schaffen wir nur mit einer konsequenten Kreislaufwirtschaft. Das bezieht sich vor allen Dingen auf die Rohstoffe, bei denen aufgrund der Wirtschaftlichkeit noch keine privaten Recycling-Kreisläufe entstehen konnten. Hier muss der Freistaat als Vorbild dienen und die Nutzung von Sekundärmaterial bei eigenen Vorhaben auf jeden Fall priorisieren und unterstützen.

Regulierungen und Zulassungsverfahren müssen überprüft werden, damit Sekundärmaterialien eben nicht benachteiligt werden. Produktentwicklung, Materialeffizienz,

Recycling und Substitution können die Abhängigkeit von Primärrohstoffen verringern und stattdessen eben den Rückgriff auf Sekundärrohstoffe ermöglichen.

Das ist keine blanke Theorie, sondern in den Unternehmen wird vielfach schon ganz viel in dem Bereich gearbeitet. Da ist man oft weiter als in der Politik. In meinem Stimmkreis zum Beispiel, in Fürth, gibt es ein Unternehmen, das ein Verfahren entwickelt hat, um aus Kunststoffabfällen diesen ursprünglichen Rohstoff Naphtha zu entwickeln; und zwar in einer Qualität, mit der aus den Folgeprodukten wieder Neuwaren-Qualität entstehen kann, in einem endlosen Kreislauf. Das sind die Dinge, die wir unterstützen und voranbringen müssen. Das macht uns unabhängiger, von fossilen Rohstoffen zum Beispiel.

Es gibt Unternehmen, die aus Alttextilien neue Fasern für Kleidung gewinnen, Kunststoffe auf Zuckerrohrbasis entwickeln, ausrangierte Solarmodule zurück in den Kreislauf bringen, Bauschutt wieder in Baumaterialien verwandeln usw. Es gibt viele Innovationen, viele Ideen, viele Gedanken. Die Betriebe überlegen ganz viel in der Richtung und investieren auch, aber wir als Freistaat sind natürlich gefordert, Forschung, Gründung und Weiterentwicklung vor allen Dingen in der entscheidenden Wachstumsphase zu unterstützen.

Der Antrag fordert unter anderem einen "Bayerischen Rohstofffonds". Dabei gibt es bereits seit Oktober 2024 einen deutschen Rohstofffonds, den unser damaliger Wirtschaftsminister Habeck aufgelegt hat. Das ist ein wichtiger Baustein für eine resiliente und innovative Volkswirtschaft. Auf Landesebene einen weiteren Fonds zu gründen, was mit der BayernLB ja gar nicht geht, aber auch in anderer Form, halten wir nicht für zielführend, sondern wir sollten alle den Fokus auf die von mir genannten Dinge legen und Partnerschaften natürlich vorzugsweise mit demokratischen Ländern vertiefen, Kreislaufwirtschaft und effizientes Produktdesign nach vorne bringen, um unsere Abhängigkeiten zu verringern.

Der AfD-Antrag will Maßnahmen zum Umweltschutz und zum Beschäftigtenschutz sowieso aushebeln – mal davon abgesehen, dass er unsinnig ist. Der AfD sind Fakten, Realitäten und Zahlen ohnehin weitestgehend egal. Wir lehnen den Antrag natürlich ab.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Lipp, AfD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Lipp.

Oskar Lipp (AfD): Geschätzte Kollegin Frau Fuchs, da Sie von Zahlen und Fakten gesprochen haben, mal ein kurzer Hinweis: In Photovoltaik-Anlagen zum Beispiel sind Gallium, Germanium und Indium enthalten. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, wie viel Prozent aus China kommen. – Es sind knapp 100 %. Lithium beispielsweise kommt auch zu 98 % aus China. Bei Kobalt und Nickel sind es circa 70 %.

Wie wollen Sie Ihre Energiewende weiterhin begründen, wenn wir hier so eine massive Abhängigkeit haben, wenn sich die Handelskonflikte zuspitzen oder nicht entspannen? Was sagen Sie zu den kritischen Stimmen auch aus der Wirtschaft, die Angst haben, dass Bänder stillstehen? Das können Sie auch gerne nachlesen. Nicht dass es wieder heißt, dass das Fake News sind. Wie stehen Sie dazu?

Barbara Fuchs (GRÜNE): Natürlich haben wir derzeit eine starke Abhängigkeit von anderen Ländern, unter anderem vorrangig von China, das ist schon richtig. Aber das lässt sich nicht ändern, indem wir Vorkommen von Seltenen Erden in Bayern erfinden, die es einfach nicht gibt. Das heißt, wir müssen andere Wege finden, um den Verbrauch zu reduzieren, Stück für Stück immer mehr in geschlossene Kreisläufe gehen. Es gibt mittlerweile auch Ideen, wie man Solarpanele wiederverwendet bzw. refurbished – wie das heißt –, und andere Ideen. Wir müssen einfach nach vorne gehen, diese Themen weiter gemeinsam entwickeln und dürfen nicht ignorieren, dass wir in Bayern diese Vorkommen einfach nicht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Fuchs. – Nächster Redner ist Herr Kollege Markus Saller für die FREIEN WÄHLER.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Vertreter der Staatsregierung, lieber Staatssekretär Tobi Gotthardt!

(Zurufe: Oh!)

– Wenn er schon als Einziger da ist, darf man ihn auch mal erwähnen, oder?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir debattieren heute über einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel "Strategische Rohstoffversorgung für Bayerns Wirtschaft: Zukunftssicherung mit günstigen Seltenen Erden". Das ist ein Thema, das durchaus Relevanz hat, das ist keine Frage. Doch Inhalt und Umsetzungsvorschläge dieses Antrags überzeugen nicht, meine Damen und Herren. Die Vorschläge sind überambitioniert, teilweise realitätsfremd und insgesamt nicht geeignet, den Herausforderungen der Rohstoffsicherung in Bayern sachgerecht zu begegnen.

Als Fraktion der FREIEN WÄHLER treten wir für eine starke, resiliente, wettbewerbsfähige bayerische Wirtschaft ein. Eine verlässliche Versorgung mit strategischen Rohstoffen wie Seltenen Erden ist dafür essenziell, gerade mit Blick auf Schlüsselindustrien wie Mobilität, Medizintechnik oder Energieerzeugung.

Doch die vorgeschlagenen Lösungen im Antrag greifen zu kurz und überfordern zugleich die Kompetenzen und die Kapazitäten des Freistaats Bayern:

Ein zentraler Punkt des Antrags betrifft die sogenannten Local-Content-Bedingungen im Rahmen der EU-Verordnung über kritische Rohstoffe. Diese Verordnung setzt be-

reits ehrgeizige Ziele für Förderung, Verarbeitung und Recycling von kritischen Rohstoffen in Europa. Das Ganze ist europaweit abgestimmt.

Zusätzliche nationale Vorgaben wären nicht nur wenig praktikabel, sondern im Ergebnis auch kontraproduktiv; denn die Rohstoffe sind in Europa ohnehin extrem ungleich verteilt. Ein deutscher oder gar bayerischer Alleingang würde zu Wettbewerbsverzerrungen führen, ohne tatsächliche Versorgungssicherheit zu schaffen.

Besonders kritisch sehen wir den Vorschlag, einen eigenständigen "Bayerischen Rohstofffonds" mit 200 Millionen Euro einzurichten. Es gibt aktuell keine relevanten Aktivitäten der Industrie in diesem Bereich, die ein solches Instrument rechtfertigen würden. Zugleich wird auf Bundesebene bereits mit großem Mitteleinsatz ein nationaler Rohstofffonds entwickelt. Ein bayerischer Parallelfonds wäre nicht nur ineffizient, sondern auch haushaltspolitisch unverantwortlich, vor allem in der derzeitigen Lage.

Kommen wir nun zu einem Punkt, der auch aus unserer Sicht durchaus kritisch zu sehen ist, dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz sowie der geplanten EU-Richtlinie über die unternehmerische Sorgfaltspflicht zur Nachhaltigkeit. Wir kennen die damit einhergehenden Berichtspflichten. Man mag die grundlegende Intention dieser Regelwerke teilen, nämlich natürlich der weltweite Schutz von Menschenrechten und von Umweltstandards, aber die konkrete Ausgestaltung der Vorschriften ist in ihrer jetzigen Form schlicht nicht praxistauglich.Sie überfordern insbesondere kleine und mittlere Unternehmen mit umfangreichen Bürokratiepflichten, schaffen erhebliche Rechtsunsicherheiten und drohen gerade bei kritischen Rohstoffen wie Seltenen Erden die Versorgungslage weiter zu verschärfen.

Bayern hat sich bereits im vergangenen Jahr – der Kollege Ebner hat es schon erwähnt – im Bundesrat für eine Aussetzung des nationalen Gesetzes starkgemacht, leider ohne Erfolg. Es ist gut, dass im neuen Koalitionsvertrag auf Bundesebene nun endlich die dringend notwendige Korrektur angekündigt wird. Ob sich das dann durchsetzt, werden wir sehen. Wir werden sehen, wie sich die Dinge weiterentwickeln.

Andere Maßnahmen des Antrags wie etwa die staatlich finanzierte Lagerhaltung von Seltenen Erden oder die generelle Befreiung von CO_2-Abgaben für die Raffination und die Wiederaufbereitung sind weder wirtschaftlich sinnvoll noch ordnungspolitisch vertretbar. Die Versorgung mit Rohstoffen ist in erster Linie Aufgabe der Unternehmen, nicht des Staates. Der Staat kann flankieren, aber nicht übernehmen. Eine staatliche Rohstoffbevorratung mag auf dem Papier zwar Sicherheit suggerieren. In der Praxis aber fehlen dafür die rechtlichen Grundlagen, die logistischen Kapazitäten und vor allem die Nachfrage aus der Wirtschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Versorgungssicherheit mit strategischen Rohstoffen ist eine Herausforderung, die wir nur im europäischen und im internationalen Verbund bewältigen können. Dazu gehört eine kluge Industriepolitik, die gezielt unterstützt, aber nicht zentralistisch vorgibt. Außerdem braucht es ein feines Gleichgewicht zwischen ökonomischer Vernunft einerseits und ökologischer Verantwortung und globaler Fairness andererseits.

Der Antrag der AfD verfehlt dieses Gleichgewicht. Er ist ein Sammelsurium aus realitätsfernen Einzelmaßnahmen, dirigistischen Eingriffen und populistischen Symbolforderungen. Damit ist der Antrag nicht nur ungeeignet, sondern auch gefährlich für eine seriöse Wirtschaftspolitik im Freistaat. Deshalb lehnen wir den Antrag ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Saller. – Nächster Redner ist Herr Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Staatssekretär als einziger Vertreter der Staatsregierung! Was soll man zu diesem Antrag sagen? Ich habe, wenn ich den Antrag lese, ein bisschen das Gefühl, als ob sich der dreijährige Sohn die Arbeitsschuhe seines Vaters angezogen hat und sagt, er geht jetzt für ihn zur Arbeit. Das ist so ein, wie es gerade

gesagt worden ist, Sammelsurium an komischen Vorschlägen, wo nicht einmal darauf geachtet worden ist, für was die Europäische Union zuständig ist, für was der Bund zuständig ist und was der Freistaat Bayern regeln kann.

Außerdem verwundert mich an der ganzen Geschichte: Die AfD lehnt auf der einen Seite so viele der Technologien ab, die Seltene Erden benötigen. Sie lehnen die E-Mobilität und die Energiewende ab. Auf der anderen Seite machen Sie sich dann hier dramatisch große Gedanken über unsere Abhängigkeit von China, die es natürlich gibt. Bloß taugen Ihre Vorschläge nicht, um das Problem zu lösen, wenn ich mir anschaue, was Sie teilweise vorschlagen.

Zur Grunderwerbsteuer ist schon etwas gesagt worden. Da sind Ihre Vorschläge schlichtweg rechtswidrig und auch nicht praktikabel. Ich weiß auch gar nicht, wie man sich das vorstellen soll. Die eine Firma bekommt dann Steuern gesenkt, die andere aber nicht. Da erkennt jeder, dass so etwas nicht praktikabel ist.

Das gilt auch für den nächsten Vorschlag, sich auf Bundesebene für eine Befreiung der Raffination von Seltenen Erden von der CO_2-Abgabe usw. starkzumachen. Die Regelungen, die Sie vorschlagen, geben vor, der Wirtschaft das Leben einfacher zu machen, sind aber jede für sich bürokratiesteigernd und bürokratieverschärfend.

Ich glaube, dass der Ansatz, den wir in Bayern und in der Bundesregierung fahren, allgemein unnötige Bürokratie für die Wirtschaft herunterzufahren, viel vernünftiger ist als diese vielerlei Sonderregelungen, die Sie hier schaffen wollen.

Wir sind als SPD im Übrigen gegen eine Abschaffung des Lieferkettengesetzes auf europäischer Ebene, weil es uns wichtig ist, dass man bestimmte soziale und Menschenrechtsstandards einhält. Wir wollen keine Produkte aus Kinderarbeit. Deswegen brauchen wir in vernünftigem Umfang eine Kontrolle von Lieferketten. Wir haben uns jetzt auf Bundesebene darauf geeinigt, das Gesetz zu ersetzen. Aber wir können jetzt nicht Tabula rasa machen. Das ist zumindest meine Überzeugung und die Überzeugung meiner Partei in diesem Punkt.

Ansonsten finde ich den Vorschlag der GRÜNEN – Barbara Fuchs hat es gerade gesagt –, mehr auf Recycling zu setzen, sehr vernünftig. Wir werden viele Rohstoffe vor allem aus der Kreislaufwirtschaft wieder zurückgewinnen. Aber – das kommt in dem Antrag gar nicht vor – es gibt auch viele Erfolg versprechende Initiativen, neue Technologien zu entwickeln, zum Beispiel Feststoffbatterien, bei denen wir problematische Rohstoffe dann gar nicht mehr brauchen. Das müssen wir fördern.

Ansonsten außerhalb der Sache noch der Vorschlag, dass wir nicht nur immer über den Ministerpräsidenten reden sollen, der die rote Laterne hat, was die Anwesenheit im Landtag angeht. Aber ich glaube, der Staatssekretär Tobias Gotthardt ist derjenige, der am häufigsten hier ist. – Vielleicht sollten wir Sie mal als lobenswertes Beispiel auszeichnen.

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Florian von Brunn. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Der Antrag ist abgelehnt.